

**Deutschland wird souverän!**

- Aufgabe des sowjetischen Führungsanspruchs bzgl. der inneren Entwicklung sozialistischer „Bruderstaaten“ durch M. Gorbatschow 1989
- Einleitung von inneren Reformen in Ungarn, Polen, Tschechoslowakei
- steigender Reformdruck auf SED-Führung durch Prozess der „Friedlichen Revolution“ der eigenen Bevölkerung
- ... führt schließlich zum Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989
- Beschluss des Beitritts zur BRD durch das erste frei gewählte DDR-Parlament am 22. August 1990 mit Wirkung vom 3. Oktober 1990

**Einigungsvertrag** (31. August 1990) zwischen der BRD und der DDR  
... regelt den Beitritt der DDR zur BRD  
und  
Auflösung der DDR

↓  
tritt in Kraft am 3. Oktober 1990 (Tag der Deutschen Einheit)

... schafft **innenpolitische Grundlage** für die Wiedervereinigung

**Zwei-plus-Vier-Vertrag** (12. September 1990) in Moskau  
... Besatzungsmächte beenden ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für  
Deutschland  
Herstellung der endgültigen inneren und äußeren Souveränität des vereinten  
Deutschlands  
Verzicht auf Gebietsansprüche/Besitz von ABC-Waffen/Abzug sowjetischer  
Truppen

... schafft **außenpolitischen Vertragsrahmen** auf dem Weg zur  
deutschen Einheit

**Endgültige Lösung der „Deutschen Frage“ als Grundlage für das Ende des Ost-West-Konflikts**

KARL THEIS

# Ergebnisbilder im Geschichtsunterricht

Der Nationalismus und die Lösung der Deutschen Frage



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

Karl Theis

# Ergebnisbilder im Geschichtsunterricht

Der Nationalismus und die Lösung der  
Deutschen Frage – Eine zeitgeschichtliche Analyse zur  
Förderung einer kritischen Urteilsfähigkeit

---

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag  
Dr. Kurt Debus GmbH  
Frankfurt/M. 2023

[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner  
Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schrift-  
liche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung  
elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Alle in diesem Band angegebenen Links wurden zuletzt am  
23.02.2023 aufgerufen.

Titelgestaltung: Ohl Design  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
ISBN 978-3-7344-1525-8  
**E-Book** ISBN 978-3-7566-1525-4 (PDF)  
DOI <https://doi.org/10.46499/1914>

# INHALTSVERZEICHNIS

## I. EINFÜHRUNG

Warum beschäftigen wir uns mit Geschichte? .....	6
Sachlich-konzeptionelle Vorüberlegungen .....	7

## II. NATIONALISMUS UND DEUTSCHE FRAGE IM 19. JAHRHUNDERT

„Nationalismus und „Deutsche Frage“ im Wandel der Geschichte“ .....	9
Der lange Weg zur deutschen Einheit.....	12
Die Deutsche Frage: Welche/s Gebiet/Personen umfasst Deutschland?.....	14
Hambacher Fest (1832) – bedeutendes Ereignis in der deutschen Demokratiegeschichte .....	16
Das Scheitern der 48er Revolution: Ende der nationalstaatlichen Träume.....	18
Der Reichsnationalismus und seine Radikalisierung im Wilhelminischen Kaiserreich .....	20

## III. NATIONALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK

Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik (Überblick).....	22
Versailler Friedensvertrag – Quelle eines radikalen Revanchismus.....	24
Weimar und Bonn: Zwei demokratische Wagnisse auf deutschem Boden mit unterschiedlichem Ausgang .....	26

## IV. NS-STAAT IM ZEICHEN EINES ÜBERSTIEGERTEN NATIONALISMUS

Der Weg in die Diktatur (Stufen der „Machtergreifung“).....	28
Bestandteile der NS-Ideologie im Überblick .....	30
Die Rassenlehre – zentraler Bestandteil der NS-Ideologie .....	32
Antisemitismus als zentraler Ausdruck der NS-Rassenlehre.....	34
„Lebensraum im Osten“ – ideologische Rechtfertigung des Krieges.....	38
Das „Führerprinzip“ als Grundprinzip des nationalsozialistischen Staates .....	40
NS-Volksgemeinschaft – Instrument der Unterordnung und Ausgrenzung.....	42
Die NS-Ideologie – Ursache für die deutsche Katastrophe.....	44
Mythos Hitler? – Irrtümer über die NS-Zeit .....	46
„Des Führers Autobahnen“ – ein Legende ohne historische Begründung .....	48
Die Rolle der Familie im Zeichen der NS-Ideologie.....	50
Wirtschaftspolitik im NS-Staat – Aufschwung „auf Pump“ .....	52

## V. DEUTSCHLAND IM ZEICHEN DES KALTEN KRIEGES UND DER TEILUNG

Gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik – von Anfang an zum Scheitern verurteilt! .....	54
„Kalter Krieg“ als Folge unterschiedlicher Interessen der Weltmächte .....	56
Der „Kalte Krieg“ – Ende der alliierten Gemeinsamkeiten .....	58
Teilung Deutschlands als Folge des Kalten Krieges .....	62
DDR – eine sozialistische Demokratie .....	64
Die Stasi – (un-)heimliche Macht im DDR-Staat .....	68
Totalitarismus auf deutschem Boden .....	70
Die DDR: Auf dem Weg in den Zusammenbruch (1982 – 1990) .....	72
Die bundesdeutsche Gesellschaft – doch die bessere Alternative? .....	74
Parlamentarische Demokratie und NS-Staat im Vergleich .....	76
Deutschland (1949 – 1990): Ort zweier unterschiedlicher politischer Systeme – Merkmale politischer Herrschaft .....	78
Bonn ist nicht Weimar: Jeweilige Ausgangslage als schwere Hypothek für die Demokratie .....	80
Bonn ist nicht Weimar: Ohne wirtschaftlichen Wohlstand keine politische Stabilität! .....	82
Bonn ist nicht Weimar: Konstruktionsfehler in der Weimarer Verfassung als Gefährdung der demokratischen Funktionsweise .....	84
Die Funktionsweise des demokratischen Rechtsstaates zum Schutze der Grundrechte .....	86
Parteienverbot – vereinbar mit dem Grundgesetz .....	88
Die BRD als „Magnet“ für die DDR-Bevölkerung .....	90

## VI. DEUTSCHLANDPOLITIK DER BRD

Deutschland-Politik in der Ära Konrad Adenauer .....	92
„Neue Ostpolitik“ der Brandt/Scheel-Regierung: „Wandel durch Annäherung“ .....	94
Der Grundlagenvertrag – Basis deutsch-deutscher Annäherung .....	96
Deutschland wird souverän! .....	98

## VII. EXKURS

Der November – Schicksalsmonat in der deutschen Geschichte .....	100
8. Mai 1945: Totale Niederlage oder Tag der Befreiung? .....	102

## VIII. AKTUELLER RECHTSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Dimensionen des Rechtsextremismus .....	104
Die AfD – eine rechtsextremistische Partei? .....	106
Die „Neue Rechte“ als rechtsextremistische Intellektuellengruppe .....	108
Kulturalismus – Rassismus im neuen Gewand? .....	110

Neigung zum Rechtsextremismus – ein vielfältiges Erklärungsmuster.....	112
Anfälligkeit für Rechtsextremismus – eine Frage des Charakters?.....	114
Vorurteile – (vermeidbare) Ursachen der Menschenverachtung? .....	116

## **IX. DEUTSCHLAND ALS INTEGRALER BESTANDTEIL DER EUROPÄISCHEN UNION**

Impulse der europäischen Einigungsbewegung.....	118
Die Europäische Union – eine Wertegemeinschaft .....	120
Die EU als Wertegemeinschaft – kein „zahnloser“ Tiger.....	122
Die Institutionen der Europäischen Union .....	124
Europäischer Entscheidungsprozess – ein mehrstufiger Akt zwischen unterschiedlichen Institutionen .....	126
Die Europäische Zentralbank (EZB) – als politisch unabhängiges EU-Organ! .....	128
Europäische Union – eine lohnenswerte Angelegenheit auch für mich! .....	130
Die EU – im dauerhaften „Sperrfeuer“ der Kritik .....	132
Aktuelle Herausforderungen der Europäischen Kommission .....	134

## I. EINFÜHRUNG

### Warum beschäftigen wir uns mit Geschichte?

Seit Jahren stellt die „Mitte-Rechts-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Zusammenarbeit mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld fest, dass rechtsextreme wie – populistische Einstellungen in allen Bevölkerungsschichten der bundesdeutschen Gesellschaft vorhanden sind. Der Wahlerfolg der AfD sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene dokumentiert einen abnehmenden Zuspruch gegenüber den etablierten Parteien. Laut Bericht des BIM zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden 23.604 rechtmotivierte Straftaten im Jahr 2020 registriert (vgl. BMIBH; BKA 2021). Das entspricht einem Anstieg von 5,7 Prozent zum Jahr 2019 und ist der höchste Stand an rechten Straftaten seit Beginn der Erfassung im Jahr 2001.

Neben den klassischen Rechtsextremisten treten aktuelle „informelle Netzwerke“ verstärkt an die Öffentlichkeit, die sich als „Neue Rechte“ verstehen mit dem Ziel, eine „Kulturrevolution“ von rechts anzustoßen. Ihr Gedankengut wird als „Kulturalismus“ bezeichnet und muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, eine Form des Rassismus in einem anderen Gewande zu sein. Er stellt gleichsam ein Angriff auf die demokratischen Errungenschaften unserer Zivilgesellschaft dar.

Beim „Rechtsextremismus“ gilt es zwischen „Einstellungen“ und „Verhalten“ zu differenzieren. Dabei zeigt sich, dass das rechtsextremistische Einstellungspotenzial „wesentlich größer“ als das Verhaltenspotenzial ist, da vergleichsweise wenige Menschen politisch aktiv seien und entsprechend handeln (vgl. Stöss 2007: 28). Zwar verbirgt sich hinter dem Rechtsextremismus keine einheitliche Ideologie, doch äußern sich rechtsextremistische Einstellungen im Bejahen von Nationalismus, antisemitischen Grundhaltungen, diktatorischer Herrschaftsformen (Autoritarismus), der Ablehnung ethnischer und religiöser Minderheiten, der Verharmlosung des Nationalismus sowie des Sozialdarwinismus (vgl. Stöss 2007: 27).

Dass der Rechtsextremismus in Politik, Gesellschaft und öffentlicher Debatte immer präsenter wird, mag umso mehr überraschen, zeigte doch sein historischer Vorläufer zu welcher leidvollen Menschenverachtung diese Gedankenwelt in der deutschen Geschichte geführt hat. Will man diesem – gar nicht so neuen – Gedankengut argumentativ gewappnet begegnen, bedarf es der Kenntnisse über Abläufe, Ursache-Wirkungszusammenhänge und Veränderungsprozesse dieser Gedankenwelt in der deutschen Geschichte. Hieraus resultiert der Auftrag an die historisch-politische Bildung, eine kritische Analyse- und Urteilsfähigkeit bei den Schülern zu fördern. Dabei hat Theodor W. Adorno den Auftrag der Bildung im Hinblick auf den Nationalsozialismus und dessen völkisch-rassistischen Nationalismus unübertrefflich in der Forderung artikuliert, dass sich Auschwitz – dem Extrembeispiel für die Desavouierung der Menschlichkeit – nicht wiederholen dürfe (vgl. Adorno 1966: 93-109).

Dieses Postulat gilt im Übrigen als oberste Raison des bundesdeutschen Verfassungsstaates: Im Art. 1 GG stellt die „Würde des Menschen“ das Kriterium aller Gesetzgebung und staatlicher Machtausübung dar (vgl. Brumlik 2008). Damit knüpft es an der Philosophie der Aufklärung an, die von einer universellen Geltung der Menschenrechte ausging.

Die Entwicklung der Menschenrechte ist in der deutschen Geschichte eng verknüpft mit dem Aufkommen des Nationalismus Anfang des 19. Jhd. sowie seiner inhaltlichen Veränderungen bis heute. Der Blick in diese Zeitspanne zeigt, dass zwischen ihm und der Lösung der „Deutschen Frage“<sup>1</sup> stets ein unmittelbarer Zusammenhang bestand. Dieser brachte immer wieder unterschiedliche Akzentuierungen und Lösungsformen hervor (vgl. dazu den begrifflichen Wandel des Nationalismus als auch den jeweiligen Status Quo eines wie immer sich darstellenden Deutschlands).<sup>2</sup>

Dabei offenbarten sich äußerst leidvolle Erfahrungen im Umgang mit der Wahrung der Menschenrechte, der Lösung der Deutschen Frage sowie der Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens auf Basis eines friedlichen Verhältnisses mit den Nachbarstaaten. Zugleich wird deutlich, dass unsere heutigen demokratischen Errungen-

<sup>1</sup> Ihre nähere Erläuterung folgt auf der nächsten Seite.

<sup>2</sup> vgl. dazu Clark, Christopher 2018: Von Zeit und Macht, München; vgl. Langewiesche, Dieter 2000: Nation – Nationalismus – Nationalstaat in Deutschland und Europa, München.

schaften sich keineswegs als geschichtliche Selbstverständlichkeiten ergaben, sondern stets durch große Opfer erkämpft wurden. Umso mehr gilt es dieselben heute mit allen rechtsstaatlich vertretbaren Maßnahmen gegen verfassungsfeindliche Entwicklungen zu verteidigen. Das Verständnis gesellschaftlicher/politischer Fragen und Probleme im historischen Kontext stellt eine der Voraussetzungen dar, um reflektiert urteilen und Maßstäbe für das eigene Handeln entwickeln zu können. Damit wird historisch-politische Bildung zu einer Notwendigkeit für die Teilhabe am aktuellen Diskurs.

Im Übrigen garantiert die europäische Charta die Geltung der Menschenrechte im demokratischen Rechtsstaat aller Mitgliedsländer sowie die friedliche Koexistenz der Völker im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses. Alle Bestrebungen, diesen Wertekonsens infrage zu stellen, ignorieren den bis dato erfolgten geschichtlichen Entwicklungsprozess bzw. ziehen nicht die nötigen Schlüsse aus leidvoll gemachten historischen Erfahrungen.

## Sachlich-konzeptionelle Vorüberlegungen

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands (1990) und seiner Mitgliedschaft als gleichberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen und der Europäischen Union (EU) scheint heute die „Deutsche Frage“ endgültig geklärt. Seit dem Mittelalter wird mit ihr ein Themenkomplex in der europäischen Geschichte bezeichnet, der in unterschiedlicher Form immer wieder ungelöste Konflikte heraufbeschworen hat. Durchgehend ging es immer wieder um die Frage der genauen Grenzziehung und damit der territorialen Bestimmung Deutschlands sowie seiner Teilnehmer/Bewohner.

Vor allem im Rahmen eines Anfang/Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommenden Nationalismus wurde die nationale Frage der Deutschen heftig diskutiert und fand im Laufe der weiteren Epochen bis 1945 bzw. 1990 unterschiedliche Ausprägungsformen:

Seit der Französischen Revolution war die Nation ein fortschrittliches – gegen Fürsteherrschaft – gerichtetes Prinzip, „das auf die nationale Volkssouveränität“ zielte.

Der Nationalismus steht in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts demnach für Bestrebungen um die Herstellung der deutschen Einheit und der Forderungen nach einer Verfassung, die die Menschenrechte sichern sollte. Nach dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 waren die „alten“ aristokratischen Strukturen bald wiederhergestellt. – Mit der Reichsgründung 1871 wurde zumindest die erste Forderung erfüllt: Die deutsche Einheit war aber nicht durch Volksbeschluss „von unten“, sondern durch Fürstenvertrag „von oben“ zustande gekommen (vgl. Deutscher Bundestag 2000: 174). Vor dem Hintergrund der patriotischen Begeisterung gewann der Nationalismus immer mehr den „Charakter einer säkularen Religion“ (vgl. Kruse 2012), der überkommene partikularstaatliche Identifikationen ersetzen sollte (=> „Neuer Reichsnationalismus“).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erhielt der Nationalismus vor allem eine ethnisch-völkische Komponente. Mit rassistischen Motiven wurden fortan nicht nur imperialistische Bestrebungen, sondern auch der Antisemitismus legitimiert. – Im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert bestand dazu ein überhöhtes Vertrauen in die eigene Nation, ihre Regierung, Wirtschaft und militärische Macht. Ein Funkenschlag im „Pulverfass Balkan“ genügte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914.

Die Niederlage und mit ihr die Restriktionen des Versailler Friedensvertrages schürte in Deutschland den Revanchismus: Der Nationalismus erhielt eine radikale Färbung, weil die ungeliebte Demokratie und die Vertragsbestimmungen unbedingt revidiert werden sollten. ... Nicht zuletzt in diesem politischen Fahrwasser hat die NSDAP ihren Aufstieg zu verdanken, der ab 1933 in einen völkisch-übersteigerten Nationalismus (= Chauvinismus) mündete.

Mit der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 schien nicht nur das Deutsche Reich zerstört, sondern auch ein zum Chauvinismus übersteigerten Nationalismus durch die NS-Führung/-propaganda. Durch die Teilung Deutschlands als Folge des verlorenen Zweiten Weltkriegs und der jeweiligen Integration der Bundesrepublik Deutschland (BRD) bzw. der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in den West- bzw. Ostblock stellte sich die Deutsche Frage von Neuem: Während die DDR eine Zweistaatentheorie auf deutschem Boden vertrat, gehörte es zum Selbstverständnis der Bundesregierung unter Konrad Adenauer, bis zur Erreichung der deutschen Einheit über freie Wahlen einen Alleinvertretungsanspruch zu behaupten. Das Ziel der Wiedervereinigung schrieb die Präambel des Grundgesetzes vor. Die Adenauer-Regierung setzte angesichts des sowjetischen Expansionsstrebens von

Anfang an auf die bedingungslose Westintegration der Bundesrepublik. Durch die hohe Attraktivität einer prosperierenden demokratischen Gesellschaft sollte eine Sogwirkung auf den Osten in langfristiger Hinsicht die Wiedervereinigung bewirken („Magnet-Theorie“). Letztlich aber wurde die deutsche Teilung – nicht zuletzt infolge des Baus der Berliner Mauer 1961 – zementiert und erst durch die neue Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung begann eine Annäherung der beiden Staaten („Wandel durch Annäherung“).

Zwar gab die sozialliberale Koalition in der Regierungserklärung Willy Brandts 1969 den Alleinvertretungsanspruch durch De-facto-Anerkennung der DDR als zweiten Staat in Deutschland auf, doch hielten alle Bundesregierungen bis zur ersten freien Wahl der Volkskammer am 18. März 1990 an der Forderung nach freien Wahlen in der DDR fest – als grundsätzliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit.<sup>3</sup>

In jüngster Zeit erfährt der Nationalismus neue Akzentuierungen durch populistische und rechtsextreme Strömungen (vgl. dazu u. a. auch den sog. „Kulturalismus“ der „Neuen Rechte“): Es wird sowohl gegen die Europapolitik der Bundesregierung als auch gegen die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen und Asylanten argumentiert. Dazu kommt ein latenter Antisemitismus, der vermehrt in Übergriffe auf jüdische Einrichtungen/Personen mündet. Die Ergebnisse der von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Studie „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“ bestätigen diese Entwicklungen: Rund ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat demnach feindliche Einstellungen gegenüber „Fremden“; Asylsuchende stoßen auf wachsende Ablehnung; jeder fünfte Befragte neigt deutlich zu rechtspopulistischen Einstellungen (vgl. Zick et al. 2019).

Aus einer Bertelsmann Stiftung vom Juni 2020 ergibt sich, dass sich bei 29 Prozent der Befragten, die beabsichtigen die AfD zu wählen, „manifest rechtsextreme“ Einstellungen fanden (im Vergleich zu 6 % z. B. bei CDU/CSU-Anhängern) – in Form von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und einer Neigung zu Autoritären.<sup>4</sup>

Diese Phänomene scheinen Indiz dafür zu sein, dass ein Teil der Bevölkerung keine Lehren aus unserer unmittelbaren Geschichte gezogen hat. Die Forderung Theodor W. Adornos an die politische Bildung, dass sich Auschwitz nicht wiederholen dürfe, scheint nach wie vor eine überragende Bedeutung zu besitzen.

Für die Gründer des europäischen Einigungsprozesses war es vor allem der Nationalismus, insbesondere die ideologische Selbstüberhöhung der Nationen, sowie ein daraus resultierender nationaler Eigensinn der immer wieder zu Konflikten/Kriegen führte. Die Idee war es daher, die Nationen schrittweise zur Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte zu bewegen um dem Nationalismus die Grundlage zu nehmen. Dazu wurden europäische Institutionen aufgebaut, die nach und nach die Aufgaben nationaler Institutionen übernahmen. – In den letzten Jahren ist die Europäische Union (EU) jedoch einem zunehmenden Nationalismus ausgesetzt, der sich immer mehr in das Innere der Gemeinschaft einfrisst (vgl. dazu das Scheitern einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik durch den Widerstand der osteuropäischen Mitgliedsstaaten, den Brexit, die Aushöhlung des Rechtsstaats in Polen und Ungarn usw.).

## Literatur

Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland. In: <https://www.konrad-adenauer.de/politikfelder/deutschlandpolitik/alleinvertretungsanspruch-der-bundesrepublik-deutschland>

BMIBH; BKA: 2021: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020 – Bundesweite Fallzahlen. In: [http://www.bmi.bund.de/DE/Home/startseite\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Home/startseite_node.html)

Brumlik, Micha 2008: „Dass Auschwitz sich nie wiederhole ...“ In: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41277/dass-auschwitz-sich-nie-wiederhole->

Clark, Christopher 2018: Von Zeit und Macht, München.

Deutscher Bundestag (Hg.) 2000: Fragen an die deutsche Geschichte – Wege zur parlamentarischen Demokratie, Berlin.

<https://mediendienst-integration.de/desintegration/rechtsextremismus.html>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/studie-rechtsextremismus-drittel-afd-waehler-rechtsextrem>

Kruse, Wolfgang 2012: Nation und Nationalismus. In: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/138915/nation-und-nationalismus>

Langewiesche, Dieter 2000: Nation – Nationalismus – Nationalstaat in Deutschland und Europa, München.

Stöss, Richard 2007: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19; Bonn, Hg. FES

<sup>3</sup> vgl. dazu <https://www.konrad-adenauer.de/politikfelder/deutschlandpolitik/alleinvertretungsanspruch-der-bundesrepublik-deutschland>

<sup>4</sup> vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/studie-rechtsextremismus-drittel-afd-waehler-rechtsextrem>

## II. NATIONALISMUS UND DEUTSCHE FRAGE IM 19. JAHRHUNDERT

### „Nationalismus und „Deutsche Frage“ im Wandel der Geschichte“

#### FACHKOMPETENZ

Die Schüler erläutern den Wandel des Nationalismus im Kontext unterschiedlicher territorialer Gebilde Deutschlands im Laufe der Geschichte.

#### SACHANALYSE

Die Geschichte moderner Nationalstaaten und des modernen Nationalismus beginnt Ende des 19. Jahrhunderts. Unter „Nationalismus“ lässt sich eine Weltanschauung verstehen, die nicht nur eine Identifizierung/Solidarisierung aller Mitglieder einer Nation anstrebt, sondern dieselbe auch mit einem souveränen Staat verbinden will. Hinter ihm stecken die Bemühungen, die Identität einer Nation zu befördern. Dabei gelten als Unterscheidungsmerkmale sowohl Staatsangehörigkeit als auch kulturelle, ethnische, religiöse und Abstammungsmerkmale.

Der moderne Nationalismus entwickelte sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zu einer mächtigen Integrations- und Expansionsideologie mit zunehmend aggressiven Zügen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führte er sogar in die Katastrophen zweier Weltkriege. In Deutschland war mit ihm stets die weitgehend ungelöste „Deutsche Frage“ direkt verknüpft, denn zwischen 1806 (Ende des „Alten Reiches“) und 1990 (Wiedervereinigung) bestand ein andauernder Konflikt über Grenzverlauf und zugehöriger Bevölkerung. Mit der vollständigen Integration des wiedervereinten Deutschlands in die Europäische Union scheint sie endgültig gelöst zu sein.

Obwohl nach der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress 1814/15 ein übergreifendes deutsches Nationalbewusstsein sich entwickelte, bestand der neugegründete **Deutsche Bund** nur als lockerer Staatenbund unzähliger Territorien. – Die bereits im Vormärz erstarkte Nationalbewegung scheiterte 1848/49: Die gesamtdeutsche Nationalversammlung in Frankfurt zerstritt sich über eine groß- bzw. kleindeutsche Lösung (mit/ohne Österreich). Statt der Gründung eines einheitlichen Königreichs wurde zunächst der **Deutsche Bund** wiederhergestellt. – Nach dem Sieg Preußens über Österreich 1866 vereinigten sich die nördlichen Staaten zum **Norddeutschen Bund**. – Erst 1871 wurde das vereinte **Deutsche Reich** ausgerufen. Die „Deutsche Frage“ war zunächst geklärt, zumal sich die süddeutschen Staaten anschlossen. Ein neuer Reichsnationalismus sollte helfen, das bisher vorherrschende partikularistische Denken in Deutschland zu überwinden (vgl. Kruse 2012). Der neugegründete Nationalstaat galt fortan als Übereinstimmung von ethnischer Gemeinschaft (Nation, Volk) und territorial-rechtlicher Herrschaft (Staat).

Mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Reich entstand eine neue Großmacht, die im Wettlauf um Kolonien ihren Machtanspruch festigen wollte. Als typisch imperialistische Legitimationsideologie diente vor allem der Sozialdarwinismus in seiner spezifisch nationalistischen Ausprägung (vgl. Kruse 2012): Nicht mehr nur Zugehörigkeitsgefühl des Betroffenen genügt, sondern auch dessen „deutschblütige“ Abstammung. Damit agierte der völkische Nationalismus ab 1890 nicht nur imperialistisch und chauvinistisch, sondern auch rassistisch-antisemitisch.

Nach der als ungerecht empfundenen Alleinschuld des Deutschen Reiches als Verursacher des Ersten Weltkriegs entwickelte sich nach 1919 ein radikaler Nationalismus, der vor allem die Revision des „Versailler Friedensdiktats“, aber auch die völlige Ablehnung der neuen demokratischen Ordnung (**Weimarer Republik**) zum Ziel hatte. – Mit der Entstehung des **NS-Staats** ab 1933 wird ein völkischer Nationalismus in übersteigerter (chauvinistischer) Form zentraler Teil der Weltanschauung und ihrer konsequenten politischen Umsetzung: Es werden nicht nur die Versailler Gebietsabtrennungen revidiert, sondern auch ein „Großdeutsches Reich“ installiert, dessen Volk als ethnisch-biologische Einheit mit explizit antisemitischer Komponente definiert wird.

Die deutsche Niederlage führte zur Teilung jenes Deutschland, das nach den Gebietsverlusten im Westen wie Osten territorial übrig geblieben ist. Die „Deutsche Frage“ als ungelöstes Problem stellte sich nach 1945 erneut und wurde sogar zentraler Streitpunkt im beginnenden Kalten Krieg, der erst 1990/91 mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Auflösung der Sowjet-Union endete. Dazwischen entwickelten sich auf deutschem Boden

zwei Staaten, deren ideologisch-politische Ausrichtung nicht unterschiedlicher sein konnte. Während die **DDR** von einer Zwei-Staaten-Theorie ausging, hielt die **BRD** am Wiedervereinigungsanspruch des Grundgesetzes fest. Mit dem Beitritt der DDR zur BRD erfolgte 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands, das vollkommen in die Europäische Union integriert ist. Mit Letzterer verbindet sich u. a. die Vorstellung, dass der Nationalismus der Völker endgültig vorbei sei. – In jüngster Zeit entwickeln sich jedoch gerade aus Kritik an der EU und ihrer ungelösten Flüchtlingspolitik nationalistische Tendenzen, die sich vermischen mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungsmuster (=> Erstarren des Rechtsextremismus).

### **DIDAKTISCHE ANALYSE**

Mittels des historischen Rückblicks wurde verdeutlicht, wie der Nationalismus sich als eine ursprünglich eher emanzipative Idee im Laufe des 19. und vor allem Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer rechtsorientierten Ideologie entwickelt hat (vgl. dazu Kruse: 2012). Der Nationalismus – völlig desavouiert durch den NS-Staat, der eine homogene, national, politisch und rassistisch einheitliche Volksgemeinschaft propagiert hat – fand lange Zeit in der bundesdeutschen Gesellschaft kaum Resonanz.

Wenn heute allerdings für die Rechtsextremisten „die Nation deckungsgleich mit der rassistisch verstandenen „Volksgemeinschaft“ (Rassenation)“ ist und damit „ein Wert an sich, der über den Menschenrechten steht“ (Rheinland-Pfalz. Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur 2012: 11), dann hilft die Analyse der Sozialgeschichte des Nationalismus die kritische Urteilsfähigkeit des Schülers zu fördern (Lernen aus der Geschichte).

Der geschichtliche Rückblick macht ferner deutlich, dass sich die territorial-staatsrechtliche Situation Deutschlands in den letzten zweihundert Jahren häufig verändert hat. Verursacht wurden diese Umbrüche stets durch militärische Aktionen: Entweder wurden Revolutionsbewegungen gewaltsam unterdrückt oder sie waren das Ergebnis von Kriegen. Als historische Ausnahme erscheint die „friedliche Revolution“ in der DDR Ende der achtziger Jahre, die schließlich zum Mauerfall und der anschließenden Wiedervereinigung Deutschlands geführt hat.

Mit der heutigen Einbindung Deutschlands in die Vereinten Nationen, der NATO und der EU sowie aller weiterer diplomatischen Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten versuchen die Mitgliedstaaten den Nationalismus zu überwinden.

### **Literatur**

Kruse, Wolfgang 2012: Nation und Nationalismus. In: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/138915/nation-und-nationalismus>

Rheinland-Pfalz. Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur (Hg.) 2012: Gemeinsam stark gegen Rechtsextremismus; Broschüre online als PDF

## Nationalismus und „Deutsche Frage“ im Wandel der Geschichte

<p><b>Nationalismus</b> ... erstrebt als Ideologie einen Nationalstaat in einem bestimmten Territorium</p>	<p><b>Deutsche Frage</b> ... bezeichnet dauerhaften Konflikt um die Frage: Wo verlaufen Deutschlands Grenzen und wer gehört dazu?</p>
<p><b>Deutscher Frühnationalismus</b> (Mitte 18. Jh.)</p>	<p>nationalliberale Strömung ▶ fokussiert auf deutsche Nationalkultur (Lessing-Klopstock-Herder-Goethe)</p>
<p><b>Klassischer Deutscher Nationalismus</b> (1840–1866) ▶ Scheitern des Paulskirchenparlaments (1848) ▶ 1866 Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund</p>	<p>Wunsch nach Herstellung eines zentralistisch-uniarchischen Nationalstaats – statt <b>Deutschem Bund</b> <b>Norddeutscher Bund</b> (ohne die dt. Südstaaten und Österreich)</p>
<p><b>Neuer Reichsnationalismus</b> zur Überwindung partikularistischen Denkens ab 1870/71 mit der <b>Reichsgründung</b> in Versailles:</p>	<p><b>Nationalstaat</b> als Übereinstimmung von ethnischer Gemeinschaft (Nation, Volk) und territorial-rechtlicher Herrschaft (Staat)</p>
<p><b>Völkischer Nationalismus</b> (Ende 19. Jh.)</p>	<p>nicht mehr Zugehörigkeitsgefühl des Betroffenen ist maßgeblich, sondern dessen „Rasse“, d.h. seine deutschblütige Abstammung agiert ab 1890 zudem chauvinistisch, antisemitisch, militärisch und imperialistisch</p>
<p><b>„Revolutionärer Nationalismus“</b> in der Weimarer Republik (1919–1933)</p>	<p>„Fronterlebnis“ als Ausgangspunkt für Protesthaltung gegen die Weimarer Republik („Kampfgemeinschaft blutmäßiger Bindung“, Ernst Jünger) Revision des Versailler „Friedensdikтата“ (rechtsextreme Strömungen)</p>
<p>völkischer Nationalismus in übersteigter Form (= <b>Chauvinismus</b> der NSDAP) (1933–1945)</p>	<p>Teil der NS-Ideologie ▶ Revision der Versailler Gebietsabtretungen ▶ Bildung eines „Großdeutschen Reichs“ (Anschluss Österreichs und des Sudetenlandes) ▶ Volk als ethnisch-biologische Einheit mit explizit antisemitischer Komponente</p>
<p><b>Zwei-Staaten-Theorie</b> (DDR) versus <b>Wiedervereinigungsanspruch</b> (BRD)</p>	<p>Teilung Deutschlands (1949–1990) Völkerrechtliche Anerkennung des Verlusts der deutschen Ostgebiete (1972 durch die BRD)</p>

**Endgültige Lösung der „Deutschen Frage“ durch die Wiedervereinigung (1990) und die vollständige Integration in die Europäische Union**

# Der lange Weg zur deutschen Einheit

## FACHKOMPETENZ

Die Schüler beschreiben die Etappen des deutschen Einigungsprozesses vor dem Hintergrund der jeweiligen historisch-politischen Ereignisse im Zeitraum von 1815 bis heute.

## SACHANALYSE

Das heutige Gebiet Deutschlands war um 1800 ein „Flickenteppich“ von über 300 Klein-/Mittelstaaten, die zwar miteinander verbunden waren, aber keinen einheitlichen Staat bildeten. Auf dem Wiener Kongress wurde am 8. Juni 1815 der **Deutsche Bund** als lockerer Staatenbund gegründet. Gegen diese Entscheidung protestierte vor allem das liberale Bürgertum. Die Forderung nach der Gründung eines deutschen Nationalstaates, mit in einer Verfassung festgeschriebenen Grundrechten bestimmte fortan die nationalen Einigungsbestrebungen im Zeichen des „Vormärz“ (1815 – Märzrevolution 1848). Auf dem **Hambacher Fest** von 1832, der größten politischen Massenveranstaltung des Vormärz wurden vor allem die Forderungen nach nationaler Einheit und Freiheit bekundet. Diese Forderungen mündeten schließlich auch 1848 in die deutsche Revolution.

Im Frankfurter **Paulskirchenparlament** (Frankfurter Nationalversammlung) wurde heftig gestritten um eine kleindeutsche bzw. großdeutsche Lösung (unter Einbeziehung des deutschsprachigen Teil Österreichs). Eine gesamtdeutsche Verfassung konnte aufgrund zu großer Widerstände nicht verabschiedet werden. Auch kam es zu keiner Lösung der deutschen Frage; stattdessen wurde 1852 der Deutsche Bund auf dem Status quo vom Vormärz 1848 wiederhergestellt (Restauration), um 1866 aufgrund des preußisch-österreichischen Krieges zugunsten des **Norddeutschen Bundes** aufgelöst zu werden.

Mit der Reichsgründung 1871 wurde Deutschland als Kaiserreich zum **Nationalstaat** geeint. Allerdings war es ein von Preußen dominierter Obrigkeitsstaat. – Die imperiale Außenpolitik von Kaiser Wilhelm II führte Europa 1914 in den Ersten Weltkrieg. – Der Versailler Vertrag von 1919 wies dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten die Schuld am Ersten Weltkrieg zu (Art. 231); entsprechend groß waren die Sanktionen, die die junge **Weimarer Republik** (gegründet am 9. November 1918) von Anfang stark belasteten (u.a. verlor man dreizehn Prozent des Territoriums des Deutschen Reiches (u.a. Elsass-Lothringen, Posen und Westpreußen, Nordschleswig und Teile Oberschlesiens) an seine Nachbarn; der Bevölkerungsverlust betrug dabei rund zehn Prozent).

Nach der Machtübernahme durch das **NS-Regime** 1933 kam es zu zahlreichen territorialen Veränderungen, zunächst im Frieden und ab 1939 mit kriegerischen Mitteln: Das Saarland kehrte 1935 unter deutsche Staatsgewalt zurück; 1938 erfolgte die Angliederung („Anschluss“) Österreichs und die Annexion der überwiegend deutsch bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei („Sudetenland“; vgl. dazu das Münchner Abkommen). Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Polen begann ab 1939 eine geostrategisch motivierte Expansionspolitik mit militärischen Mitteln.<sup>1</sup> Der Zweite Weltkrieg dauerte von 1939 bis 1945 und war der bis dato größte und verlustreichste Konflikt der Menschheitsgeschichte.

Mit dem vollständigen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands, der Aufteilung in Besatzungszonen und der Unterstellung der deutschen Ostgebiete unter größtenteils polnische Verwaltung stellte sich 1945 die deutsche Frage erneut. Mit der **Gründung der BRD und DDR** wurde die Deutschlandfrage ab 1949 immer komplizierter: Während die BRD an ihrem Bekenntnis zu Gesamtdeutschland festhielt, betonte die DDR seit den 1960er Jahren zunehmend die Zwei-Staaten-Theorie. Die Oder-Neiße-Linie wurde im Warschauer Vertrag von 1979 als Ostgrenze Deutschlands akzeptiert. Damit wurde der ursprüngliche Anspruch auf etwa ein Viertel des Vorkriegsterritoriums Deutschlands aufgegeben. – Mit dem **Zwei-plus-Vier-Vertrag** vom 12.09.1990 wird die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands hergestellt. Deutschland verzichtet dabei auf jegliche Gebietsansprüche.

## DIDAKTISCHE ANALYSE

Der geschichtliche Rückblick macht deutlich, dass sich die territorial-staatsrechtliche Situation Deutschlands in den letzten zweihundert Jahren häufig verändert hat. Verursacht wurden diese Umbrüche stets durch militärische Aktionen: Entweder wurden Revolutionsbewegungen gewaltsam unterdrückt oder sie waren das Ergebnis von Kriegen. Als historische Ausnahme erscheint die „friedliche Revolution“ in der DDR Ende der achtziger Jahre, die schließlich zum Mauerfall und der anschließenden Wiedervereinigung Deutschlands geführt hat. – Die heutige Einbindung Deutschlands in die Vereinten Nationen, der NATO und der EU sowie aller weiterer diplomatischen Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten stellen die Voraussetzungen dar für den aktuellen und zukünftigen Status Quo in Europa.

<sup>1</sup> Eine genaue Beschreibung der Expansionspolitik liefert das Projekt „Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2021. In: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/laender/deutschland-deutschesreich>